

Bocholter Volksblatt

Anholter Zeitung

Organ der Zentrumsparlei

Ämtlicher Anzeiger der Städte Bocholt und Anholt, der Ämter Rheide, Dingden, Biedern und Berth

48. Jahrgang

Montag, 7. April 1919

Nummer 81

Keine Landung in Danzig!

Berlin, 5. April. Die Verhandlungen in Spaa haben zu dem Erfolge geführt, daß der Durchzug polnischer Truppen durch Danzig nicht erfolgt. Es ist ein Abkommen unterzeichnet worden, von dem Reich und Reichsminister Erzberger, wonach die von Deutschland vorgeschlagenen Wege gewählt werden.

Das Abkommen, das in seiner Form ein Kompromiß darstellt zwischen der deutschen Auffassung und dem Standpunkte der Entente, hat folgenden Wortlaut:

I. Aus dem Artikel 16 des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 ergibt sich für Deutschland die Verpflichtung, den Durchmarsch alliierter Streitkräfte durch Danzig zuzulassen, und infolgedessen nach der Auffassung der Alliierten auch der Truppen des Generals Haller.

II. Die deutsche Regierung hat folgende neue Transportwege vorgeschlagen:

1. von Stettin über Kreuz Richtung Posen-Warschau,
2. von Pillau, Königsberg und Memel über Rostock-Ludwigslund-Greifswald,
3. über Cöslitz-Görlitz-Kassel-Halle-Eisenburg und über Frankfurt a. M.-Wehra-Erfurt-Weimar-Eisenburg, dann weiter über Kottbus-Sila-Kattow.

III. Die deutsche Regierung gewährleistet vollkommene Sicherheit dieser Transportwege. Auf der Gegenseite werden Maßnahmen ergriffen, damit die auf dem Transport durch deutsches Gebiet befindlichen Truppen alles unterlassen, was Unruhe in der Bevölkerung hervorrufen könnte. Die Transporte werden gegen den 16. April beginnen und ungefähr zwei Monate dauern.

Die beförderten polnischen Truppen sind für die Aufrechterhaltung der Ordnung gemäß Artikel 10 des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 bestimmt.

IV. Die Durchführung der Transporte wird durch einen Zusatzantrag zu diesem Protokoll geregelt.

V. Sollten bei den Transporten über die von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Verkehrswege ernste Schwierigkeiten entstehen, welche die deutsche Regierung, nachdem sie von den alliierten und assoziierten Regierungen benachrichtigt ist, nicht zu beseitigen vermag, so behält sich Marschall Foch, der Höchstkommmandierende der alliierten Armeen, das Recht vor, auf die Transportwege zurückzukommen, die im Artikel 16 des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 vorgesehen sind, und zwar nach den Ausführungsbestimmungen und Garantien, die durch die internationale permanente Waffenstillstandskommission festgesetzt sind.

Dieses Abkommen, das den Abschluß in einer für Deutschland außerordentlich wichtigen Frage bedeutet, wurde heute abend um 7.30 Uhr unterzeichnet.

Der Kampf gegen den Bolschewismus.

Generalstreik und verschärfter Belagerungszustand im Ruhrgebiet.

WTB. Münster i. W., 4. April. Nach § 1 des Gesetzes betreffend die Verhaftung und Aufenthaltsschließung auf Grund des Krieges und Belagerungszustandes vom 4. 12. 18. ist gegen einen Deutschen die Anordnung der Haft oder einer Aufenthaltsschließung zulässig, wenn sie zur Abwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reiches erforderlich ist.

Der Kommandierende General:

gez. Fehr. v. Watter.

Bochum, 4. April. Wie die Polizeidirektion mitteilt, ist bei ihr heute die Nachricht eingetroffen, daß über das gesamte Ruhrgebiet der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden ist.

Essen, 5. April. Die Streiklage im Ruhr-

Das Programm der preußischen Regierung und die Schulfrage.

Von Geh. Justizrat Max-Düffeldorf.

Durch die Bekanntgabe der für die Haltung der preußischen Regierung maßgebenden Leitsätze durch den Ministerpräsidenten Hirth ist unter anderem auch Klarheit geschaffen über die Ziele, die die preußische Regierung in der Schulfrage sich gestellt hat. Niemand, auch der Vertrauensvollste wird sich dem Gedanken verschließen können, daß außerordentlich große Gefahren der christlichen Schule und der Erziehung bedrohen. „Das Ziel ist die Einheitschule,“ so lautet ein Leitsatz, d. h. die sozialistische religionslose und religionsfeindliche Einheitschule. Das Nähere soll in einem Schulgesetz geordnet werden. Bis dahin soll aber jetzt schon durch sofortige Abänderung des Schulunterhaltungsgesetzes den Gemeinden das unumschränkte Recht gewährt werden, die Simultanschule mit wahrer freier Konfessionellen Religionsunterricht einzuführen. Selbstredend ist hierzu ein besonderes Gesetz, das von der Landesversammlung zu beschließen wäre, erforderlich. Ferner soll in allen Schulen der Religionsunterricht für Lehrer und Schüler wahrhaftig sein. Die Entscheidung über die Teilnahme am Religionsunterricht haben bis zum 14. Jahre der Kinder die Eltern zu treffen, danach die Schüler selbst. Lehrer und Schüler dürfen außerhalb des Religionsunterrichts zu keinerlei Religionsübungen gezwungen werden.

Mit diesen grundlegenden Änderungen unseres Schulwesens, also gerade auf dem Gebiet, das dem christlichen Volksteil am meisten am Herzen liegt, haben wir nunmehr zu rechnen. Der Einfluß der Kirche ist, abgesehen von der Erteilung des Religionsunterrichts, völlig ausgeschaltet. Denn es heißt: „Das bestehende Recht des Staates, allein die Schulaufsicht auszuüben, wird aufrechterhalten und restlos durchgeführt.“ Die Schulaufsicht ist durch Fachleute auszuüben. Das katholische Volk muß sich nunmehr darüber klar werden, wie es sein Verhalten den kommenden Gefahren gegenüber einrichten hat, welche Schritte es zu unternehmen hat, um so weit wie irgend möglich, trotz der weitgehenden Veränderungen der Sachlage die religiöse Erziehung der Kinder auch weiterhin durchzuführen.

In erster Linie ist es erforderlich, wenigstens in allen größeren Gemeinden, wo es noch nicht geschehen sein sollte, Ortsausschüsse der katholischen Schulorganisation (Zentralstelle Düsseldorf, Gustav-Adolf-Str. 24) einzurichten, die zu beraten haben, welche Maßnahmen speziell in der Gemeinde getroffen werden sollen. Man wird daran denken müssen, die Versammlungen des Volksvereins und durch Verbreitung von Literatur Aufklärung über die Vorzüge der konfessionellen und die Nachteile der Simultanschule zu verbreiten. Da demnach die Gemeindebehörden über die etwaige Einführung der Simultanschule zu beschließen haben werden, wird man rechtzeitig auf ein Zusammengehen aller christlichen Kreise der Gemeinde Bedacht nehmen müssen, um den Beschluß der Gemeindebehörden über die Gestaltung des Schulwesens am Orte in günstigem Sinne zu beeinflussen. Man wird mit den Kreisen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, unter Umständen auch mit Kreisen

bergbau ist ungefähr dieselbe wie gestern. Eine Zunahme der Zahl der Streikenden ist nicht zu verzeichnen, eher kann man eine Abnahme feststellen. Auf einzelnen Zeichen wurde die Arbeit ganz oder teilweise wieder aufgenommen. Bei Krupp ist es zum Ausbruch eines großen Teiles der Arbeiter gekommen, die den Generalstreik beschlossen. Die christl. organisierten Arbeiter lehnten jede Teilnahme ab. Es schweben zur Zeit mit den Umständen Verhandlungen.

Düsseldorf, 5. April. Die hiesige Generalstreikkommission hat den Beschluß gefaßt, daß

der demokratischen Partei, die nicht ausschließlich Anhänger der Simultanschule sind, rechtzeitig Fühlung nehmen müssen, damit auf die Stadtverordneten der betreffenden Parteien in dem Sinne einwirken wird, die vorläufige Einführung der Simultanschule abzulehnen.

Von besonderer Bedeutung wird die Geltendmachung der elterlichen Erziehungspflicht für die möglichste Beibehaltung des Religionsunterrichts sein. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß eine strenge Gewissenspflicht den katholischen Eltern obliegt, hier alle Kräfte einzusetzen. Der Religionsunterricht soll künftig nach der Ausdrucksweise „des Regierungsprogramms, „wahlfrei“ sein, eine Bezeichnung, die nicht völlig klar erscheint. Jedenfalls wird sich die Schulverwaltung dazu verstehen müssen, den Religionsunterricht ganz in seiner bisherigen schulplanmäßigen Art weiterbestehen zu lassen, wenn sich die Elternschaft einmütig und geschlossen für die Beibehaltung des Religionsunterrichts ausspricht. Wollen einzelne Eltern die Verantwortung auf sich laden, ihre Kinder dem Religionsunterricht zu entziehen, so müssen sie das mit ihrem Gewissen abmachen. Selbstredend sollen auch Lehrer nicht gezwungen werden, Religionsunterricht zu erteilen, wenn sie erklären, aus Gewissensgründen zu handeln. Der Erfolg eines dennoch erteilten Unterrichts würde ja doch niemals der wünschenswerte sein. Aber zweifellos hat der Staat doch die Pflicht, seine Schulen so einzurichten, wie es dem Willen der weitaus größten Mehrheit der Bevölkerung entspricht.

Die Eltern sind, wie sich jetzt die Verhältnisse nun einmal gestaltet haben, verpflichtet, selbst für die Verteidigung der religiösen Erziehung einzutreten. Es wird sich empfehlen, da, wo es nur irgend angängig ist, die mehrfachen schon in der Presse berührten Elternausschüsse einzurichten, um ein möglichst einmütiges und geschlossenes Vorgehen zu ermöglichen. Diese Elternausschüsse werden in der Zukunft voraussichtlich noch ein reiches Gebiet der Betätigung finden. Sie müssen die Eltern zu gemeinsamer Bepreicherung der drohenden Gefahren für die christliche Erziehung zusammenrufen, gemeinsame Vorlesungen bei Schulverwaltungen und Behörden in die Wege leiten und Ähnliches. Wenn die weitesten Volkstreffen darüber einig sind und sich mit Entschiedenheit dahin erklären, wie notwendig und wünschenswert der Besuch des Religionsunterrichts und des Gottesdienstes durch ihre Kinder ist, wenn dann auch darnach gehandelt wird, dann wird diese Volksmeinung auch ohne direkten Zwang in der Schule eine fast ausnahmslose Beteiligung der Kinder am Religionsunterricht und Gottesdienst zur Folge haben. Viele sonst untätig und unschlüssig zur Seite stehenden Eltern werden veranlaßt, auch ihrerseits ihre Kinder zu reger Anteilnahme anzuhalten.

Erst ist die Stunde, groß ist die Verantwortung der christlichen Eltern. Mögen sie tatkräftig den Schutz der christlichen Erziehung in die Hand nehmen. Nur durch eifrige und fleißigste Tätigkeit können wir die großen Gefahren der Zeit überwinden.

morgen, Sonntag mittags 12 Uhr, der Generalstreik als Maßnahme gegen die Regierung beginnen soll.

Der Beschluß wurde mit 16 gegen 8 Stimmen angenommen. Vom Streik ausgenommen sind die städtische Feuerwehr, das Wasserwerk, die Lebensmittelversorgung, das Sanitäts- und Sicherheitswesen, sowie der Schlachthof.

Essen im Dunkeln.

WTB. Essen, 5. April. Infolge der Arbeitseinstellung auf den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken ist die Stadt ohne elektrisches

Sticht. Der Telefon- und Telegraphenverkehr ist eingeschränkt worden.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Brot infolge des Streiks in Frage gestellt.

Essen, 5. April. Die Bäcker- und Konditor-Innung Essen teilt uns folgendes mit:

„Durch den Generalstreik droht der Bevölkerung eine unendliche Gefahr. Die Belieferung der Bäckermeister mit Rohstoffe ist in den letzten Tagen so mangelhaft gewesen, daß mit einer Einstellung sämtlicher Bäckereibetriebe in den nächsten Tagen gerechnet werden muß. Die Vorräte an Rohstoffen reichen nur noch für ganz kurze Zeit. Wollen die streikenden Bergleute wirklich die Verantwortung für das Übernehmen, was aus einer Stilllegung der für den bringenden Lebensbedarf arbeitenden Betriebe notwendig folgen muß: Raub, Plünderung, Mord und Totschlag, Auflösung der ganzen gesellschaftlichen Ordnung, Verwilderung der Lebensmittellieferung durch das Ausland?

An alle vernünftigen denkenden Bergleute sei daher abermals die dringende Mahnung gerichtet, die Arbeit auf den Becken wieder aufzunehmen und mit allem Nachdruck auf diejenigen einzuwirken, die in solcher Auffassung über die ungeheure Notlage unseres Volkes sich selbst und ihre Mitmenschen unheimlich dem Untergang des allgemeinen Chaos entgegenstellen.“

Die Lebensmittelfrage und der Streik.

Bochum, 5. April. Die Streikenden haben jetzt die Lebensmittelfrage neben der politischen zur Hauptforderung erhoben. Sie bezeichnen die Subsidien der Regierung für die Arbeiter als viel zu niedrig und fordern besondere Lebensmittelzulagen für die Bergarbeiter. Die Arbeit soll nicht früher wieder aufgenommen werden, bis ausreichende Lebensmittel angeliefert sind. Auf Grund dieser Agitation gelang es den Streikführern, einen großen Teil der noch arbeitenden Belegschaften zum Eintritt in den Streik zu bewegen.

Bayern auf dem Wege der Räterepublik?

München, 5. April. München ist zur Zeit der Schauplatz außerordentlicher Erregung und Erwartung, die sich in den Straßen durch große Massenansammlungen kundtut. Die Räte haben die ganze Nacht über Sitzungen abgehalten und es soll beschlossen worden sein, führende Persönlichkeiten des Bürgertums und der Presse zu verhaften.

Die Tatsache, daß der Landtag, und seit heute vormittag auch das Kriegsministerium von Räte-truppen besetzt ist, daß in den Versammlung der Räte selbstverständlich die radikalsten Forderungen vorgebracht wurden, daß heute abend alle großen Säle für Versammlungen des Proletariats offen stehen und daß heute nacht die Räterepublik Bayern ausgerufen werden soll, erregt die Stadt unheimlich.

Die politische Lage ist außerordentlich ernst und hat eine gefährliche Zuspitzung erfahren.

Die Kommunisten Münchens erklären ihre Solidarität mit der ungarischen Räterepublik und der russischen Sowjetrepublik. Es fragt sich, ob man den Landtag, der zu Dienstag einberufen war, in einer nordbayerischen Stadt einberufen wird.

Arbeitslosigkeit in Belgien.

Brüssel, 4. April. Infolge der fortwährend zunehmenden Arbeitslosigkeit in Belgien befinden sich bereits 700.000 Arbeitslose dort und nimmt die Unzufriedenheit stark zu, so daß die Regierung militärische Nachpatrouillen in den Städten anordnete. Das hat nun in der Arbeiterschaft zu Protesten geführt und mehrfach zu Zusammenstößen, wobei lebhafte Soldaten sich weigerten, gegen die Arbeiter vorzugehen. Dieser Weigerung hat sich jetzt die Garnison von Brüssel angeschlossen. Es scheint ein erster Zustand eingetreten, wenn die Regierung gegen die Truppen nicht vorgeht.

Bolschewistische Unruhen in Kaschib.

London, 4. April. Telegramme aus Kaschib melden den Ausbruch großer bolschewistischer Unruhen unter den Arbeitern und Kaschib in den Randdistrikten. Die Kaschib haben in den Minen die Anlagen zerstört und mehrere der Beamten erschossen. Zwischen dem Polizeimilitär und den Aufständischen finden noch Kämpfe statt. Die Bevölkerung ist sehr beunruhigt.

Vom Waffenstillstand und Frieden.

Die Kölner Verhandlungen über die Austauschwaren.

WTB. Berlin, 4. April. Die Verhandlungen in Köln über den Verkauf von Holz, Kohle, Zucker, Papier und Papiermassen begannen gestern im großen Saale des Regierungspräsidiums. Den Vorsitz der Alliierten Kommission führte der französische General Gaillard, den der deutsche Kommissionsleiter Kreuter. Gaillard nahm einleitend Bezug auf die Note der Alliierten vom 26. März, in der die Ausfuhrverbote für Deutschland mitgeteilt worden sind. Der deutsche Vorsitzende lehnte es ab, sich durch Verhandlungen über den Verkauf der von den Alliierten gewünschten Gegenstände in irgendeiner Weise auf die tätigen bevollmächtigt sei, weder im Rahmen noch im Sinne dieser Note getätigt würden, da eine Entscheidung der deutschen Regierung hierzu noch nicht vorliegt. Verhandlungen hierüber sind Sache der nach Compiègne entsandten Finanzdelegation. Gaillard stimmte zu, daß die gegenwärtigen Verhandlungen keine grundsätzliche Stellungnahme zu der Ausfuhrnote herbeiführen. Es wurde sodann in die Beratung über die einzelnen von den Alliierten genannten Exportwaren eingetreten. Die Verhandlungen über Kohle führten zu der Diskussion über das Luxemburger Abkommen, wobei deutscherseits bemerkt wurde, daß die gegenwärtige Interpretation und die Ausführung des Luxemburger Abkommens durch die Franzosen überhaupt keine Möglichkeit zum Kohlentransport an die Alliierten gegen die Auslandsvaluta lasse, daß also der gegenwärtige Zustand, die Bezahlung von Lebensmitteln an die Alliierten durch Kohlenverkauf unmöglich mache. Der Zuckerkonflikt wurde von der deutschen Kommission abgelehnt, im Hinblick auf den großen Mangel von Zucker in Deutschland. Auf Vorschlag des deutschen Vorsitzenden sollen heute Besprechungen über die einzelnen Artikel mit der sachverständigen Gegenseite in der Unterkommission stattfinden.

Neue Verzögerung bei den Friedensverhandlungen.

WTB. Berlin, 4. April. In Kreisen der Pariser Friedenskonferenz glaubt man auf Grund des augenblicklichen Standes der Verhandlungen, daß in der Unterzeichnung des Vorfriedens neue Verzögerungen eintreten werden, und daß die Unterschriften unter den Vorfriedensvertrag vor Mai nicht werden erfolgen können. Auf Grund dieser Mitteilungen haben sich die Befürchtungen, die sich namentlich in englischen politischen Kreisen über die Hinausschiebung des Termins bemerkbar gemacht haben, noch weiter verstärkt, und es wird offen die Ansicht ausgesprochen, daß dieser neue Aufenthalt die ohnehin gespannte politische Lage noch weiter verschärfen und die Voraussetzungen für neue kriegerische Entwicklungen schaffen kann.

Schlechte Ernteausichten.

WTB. Berlin, 4. April. Das neue Erntejahr kann, wie eine politische Nachrichtenstelle vernehmen, selbst bei günstiger Gestaltung der Witterungsverhältnisse nur das halbe Ertragnis einer normalen Vollernte liefern. Es haben während des Winters zu lange Zeit Werte, die künstliche Düngemittel erzeugen, oder die zur Düngung sich eignen Stoffe als Nebenprodukt abwerfen, stillgelegt. Die Verkehrsschwierigkeiten, insbesondere die langdauernden Eisenbahnsperrungen in Mitteldeutschland, haben die ausstehende Versorgung des agrarischen Ostens mit künstlichem Dünger verhindert. Die Bahnen suchen heute zu retten, was noch zu retten ist. Sie legen jetzt Sonderzüge ein, die den Osten mit den noch notwendigen künstlichen Düngemitteln versorgen sollen. Für den Fachmann unterliegt es jedoch keinem Zweifel, daß diese Sendungen für dieses Erntejahr zu spät kommen. Der jetzt von dem Produzenten gelieferte Dünger kann von dem Boden in diesem Frühjahr nicht mehr aufgenommen werden.

Wilson erkrankt.

WTB. Paris, 5. April. Havas. Der Gesundheitszustand Wilsons, der erkrankt war, hat sich seit gestern etwas gebessert.

Weitere Ausdehnung der Gefangenenschaft.

Haag, 4. April. Der „Nieuwe Rotterdamche Courant“ meldet aus London:

Das neue Gesetz über die feindlichen Fremden verleiht der Regierung die Befugnis, zur Einschränkung des Aufenthalts der Fremden auf eine weitere Zeitdauer von zwei Jahren und auf

der Regierung die Macht, bis zu sechs Monaten nach Unterzeichnung des Friedensvertrages die Gefangenen in der Gefangenenschaft zu behalten.

WTB. Paris, 4. April. Gerüchte werden laut, daß das Befinden Clemenceaus sehr ungünstig sei. Er habe sich von den Nachwirkungen des Attentates noch keineswegs erholt.

Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Amerika.

Berlin, 4. April. Wie das „Berl. Tageblatt“ meldet, wird dem Bureau Europa Press gedruckt, daß das amerikanische Kriegsministerium eine Vorlage zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ausgearbeitet hat, die schon in den nächsten Tagen dem Kongress vorgelegt werden soll.

Die Neuordnung im Reich.

Das Räteystem.

WTB. Berlin, 5. April. Das Kabinett hat die nachstehenden Abänderungsvorschläge zu Artikel 34 der Reichsverfassung angenommen: Die Arbeiter sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre tariflichen Vereinbarungen werden anerkannt. Die Arbeiter erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen nach Betriebs- und Wirtschaftsgebieten gegliederte gesetzliche Vertretungen in Betriebs- und Betriebsräten und einem Reichsarbeiterrat. Die Betriebsräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgehalte mit den Vertretungen der Unternehmer zu Betriebswirtschaftsräten und zu einem Reichswirtschaftsrat zusammen. Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung beim Reichstag dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetze beim Reichstag zu beantragen, die ebenso wie die Vorlagen der Reichsregierung oder des Reichstages, zu behandeln sind. Den Betriebs- und Wirtschaftsverbänden können auf dem ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden. Aufbau und Aufgaben der Arbeiter- und Wirtschaftsverbände sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern werden durch Reichsgesetz geregelt. (Diesem Zusatzartikel soll eine ausführliche Begründung beigegeben werden.)

Hermann Bogelangs Unterstaatssekretär.

Berlin, 5. April. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates Hermann Bogelangs, ist nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zum Unterstaatssekretär im Handelsministerium ernannt worden.

Die Wahlperiode.

WTB. Berlin, 5. April. Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung hat mit großer Mehrheit eine Wahlperiode von 3 Jahren beschlossen und ferner einen Antrag auf Annahme, daß vor Ablauf der Wahlperiode Neuwahlen stattfinden müssen.

Das Verbot der Kohlenpreiserhöhung durch die Regierung.

wird in der „Deutschen Bergwerkszeitung“ wie folgt beiprochen:

„Hierzu ist zu bemerken, daß von einer Ablehnung der Preiserhöhung des Kohlenpreises nicht die Rede sein kann, weil jede rechtliche Grundlage hierfür fehlt. Der Syndikatsvertrag räumt dem Handelsminister ein Vetorecht für den Fall ein, daß 30 Prozent aller Stimmen (ohne die des Fiskus) gegen eine Preiserhöhung sind. Dieser Fall liegt nicht vor. Auch die faktischen Verhältnisse haben in der letzten Jahresversammlung Einspruch gegen die Preiserhöhung nicht erhoben. Die Erklärung des Handelsministers bedeutet zunächst lediglich eine Meinungsäußerung ohne jede rechtsverbindliche Kraft. Der angekündigte Einführung von Höchstpreisen steht das Syndikat natürlich machtlos gegenüber, indessen dürfte eine solche Maßnahme mit nicht geringen Schwierigkeiten verbunden sein.“

WTB. Berlin, 5. April. Amtlich. Der Reichswirtschaftsminister hat Höchstpreise für für Kohlen festgelegt, um die vom rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat beschlossenen Kohlenpreiserhöhungen unmöglich zu machen. Die festgelegten Höchstpreise entsprechen den am 31. 3. 19 in Geltung gewesenen Verkaufspreisen des Syndikats und gelten vom 1. April 1919 ab. Die endgültige Verordnung wird in den nächsten Tagen erscheinen.

Eine geplante Militärrevolte zum Sturze der Regierung.

WTB. Berlin, 4. April. In mehreren Städten wurde in letzter Zeit der Versuch gemacht, militärische Formationen für die im April vorzunehmende Militärrevolte zum Zwecke des Sturzes der Regierung, Sprengung der Natio-

nalversammlung und Auslösung der Räteverfassung zu gewinnen. So fanden in Magdeburg und in Berlin Besprechungen statt, an denen neben Soldaten Mitglieder der Partei der unabhängigen Sozialdemokraten teilnahmen. In erster Linie sollten Soldaten des Magdeburger vierten Armeekorps, dessen Zentralkomitee an den Erörterungen beteiligt war, und Formationen des 21. und 16. Armeekorps an dem Unternehmen beteiligt sein. Die beiden letzten Armeekorps hatten früher ihren Standort in Lothringen. Die Regimenter demobilisierten in den Orten, die im Bezirk des 4. Armeekorps liegen. Die Leute sind nicht immer gut untergebracht. Die Unteroffiziere sind wegen ihrer Zukunft besorgt. Die vorhandene Unzufriedenheit wollten verbrecherische politische Drahtzieher ausnützen, indem sie den politisch und wirtschaftlich erfahrenen Soldaten klar zu machen suchten, es sei nur nötig, die Regierung zu stürzen, um ihnen eine angenehme Zukunft zu sichern. Das wirkte bis zu einem gewissen Grade bei einer Anzahl Soldaten, da ihnen der Erfolg als ganz sicher in Aussicht gestellt wurde. Nachdem in Magdeburg der Plan erörtert worden war, wurde in den letzten Tagen von den Verschwörern in Berlin bei verschiedenen Truppenteilen der Versuch gemacht, sie zur Teilnahme an dem Handstreich zu gewinnen. Der Plan ist der Regierung in den Hauptteilen bekannt. Für alle Fälle traf der Reichswehrminister als Oberkommandierender Anordnungen, wodurch gewährleistet ist, daß jeder Erhebungsversuch auf das nachdrücklichste unterdrückt werden kann.

Westfalen und Rheinland.

* Münster, 4. April. Das Schurgericht verurteilte den Arbeiter Geins aus Essen, der am 1. September v. J. in Buben seinen Arbeitskollegen Wilt. Klein-Stein ermordete und beraubte und dann die Leiche im Walde verscharrte, zum Tode.

* Rheine, 5. April. Unter Beteiligung von etwa 2000 Personen fand gestern nachmittags eine Demonstration gegen die mangelhafte Lebensmittelversorgung statt. Um an der Demonstration teilnehmen zu können, hatten die Arbeiter fast aller Fabriken stillgelegt. Besonders wurde gegen die Landwirte, die die Samstagsruhe in unerhöhrter Weise begünstigen, Klage geführt. Es wurde eine Kommission ins Leben gerufen, die Mittel finden soll, diesem Unwesen ein Ende zu bereiten.

Wo ist der Windhorstbund?

„Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft.“

Das Reichswahlgesetz vom 30. November 1918 hat der Jugend beiderlei Geschlechts das aktive Wahlrecht verliehen in einem Alter, in welchem sie bisher noch in den Kinderschuhen steckten. Was die Zukunft uns auch bringen mag, dies Revolutionsgesetz wird sie schwerlich zurücknehmen können. Diesen Verhältnissen müssen wir Rechnung tragen und für einen guten politischen Nachwuchs sorgen, die Jugend staatsbürgerlich und politisch schulen. Das war bislang Aufgabe des Windhorstbundes. Aber mancherorts, wo er dringend nötig wäre, ist er kaum dem Namen nach bekannt, oder er hält den Winter schlaf. Das muß anders werden. Als das Vaterland rief zum Kampfe gegen die äußeren Feinde, da traten die Jugendkompanien willig und freudig auf den Plan. Jetzt, wo das Vaterland aus tausend Wunden blutet, aus den Wunden des Bürgerkrieges, da ruft es seine Besten auf den Plan zum Kampfe gegen die inneren Feinde, nicht wie damals, im Geiste und Banne des Militarismus, sondern im Geiste einer gesunden demokratischen Selbsthilfe gegen den Militarismus in zweiter Auflage, den wir Bolschewismus nennen. Erst der blutigste Krieg befreite uns von der Militärdiktatur. Wer wird uns befreien von dieser zweiten Militärdiktatur? Dieselbe Jugend, die den Krieg mit erlebt und mitgeführt und mitgeführt hat, erlebt auch denkend und fühlend die große Umwälzung bei den Riesenritten unserer Zeit, und wenn sie mit ihr nicht gleichen Schritt halten kann, wird sie von dem Riesenstrom mit fortgezogen. Wohin? In eine Gesellschaft, in der wir sie wahrlich nicht gerne fassen. Heute gilt es mehr denn je, die Jugend reif zu machen für die dringenden Aufgaben im eigenen Lande, für die Gesunderhaltung unseres Wirtschaftslebens, es gilt sie zu überzeugen von der Notwendigkeit der Arbeit des sozialen Ausgleichs zwischen Stadt und Land, des Handels- und Handarbeitens von Industrie und Landwirtschaft, sie hinzuweisen auf ihre politischen Rechte und Pflichten, sie zu gewinnen für die Befämpfung der Krebsgeschwülste unseres Volkes, des Wuchers, des Schleichhandels der Boden Spekulation und jeder Art Ausbeutung, sowie sie hinzuweisen auf den Arbeits- und Wohnungsnotstand, das Gewerkschafts- und Genossenschaftswesen, sowie alle Art von Selbsthilfe. Wo die Ständesvereine nicht bestehen, ist das um so notwendiger. Nach der Mitteilung der Großstadtschöffe ist es immer wieder die Jugend vom Lande, die im Strudel der Großstadt am ersten Schiffbruch leidet oder gar zu Grunde geht. Also auch nach den Wahlen sind der Aufgaben genug zu lösen. Das In-

teresse für solche Fragen braucht bloß gewetzt zu werden. Der Funke glüht längst unter der Asche. Denn eine Zeit, die solche Riesenschritte vorwärts macht, die alles von Grund aus umbaut, in Staat und Gemeinde, die auch die einzelnen Landesteile neu einteilt und zusammenlegt nach dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, eine solche Zeit geht auch an unserer Jugend nicht spurlos vorüber. Das wird jeder erfahren, der mit ihr Fühlung nimmt. Die Zeiten, in denen der Sohn wählte, wie der Vater, sind längst vorbei. Die Hauptfrage aber ist und bleibt, den Gemeinstand zu wecken, daß sie sich als Glieder des Ganzen fühlen, die der Gesamtheit verantwortlich sind. Das ist echt christlich und echt demokratisch, stärkt ihr Verantwortlichkeits- und Ehrgefühl und damit ist viel, ja alles gewonnen für die allmähliche Lösung vom Gängelbande, für Pflichtbewußtsein, Selbsterziehung und Charakterbildung. Das ist aber im demokratischen Staate notwendiger, als im monarchistischen, denn

„Wo viel Freiheit ist, da ist viel Irrtum, Doch sicher ist der schmale Weg der Pflicht.“ (Schiller.)

Aus der Heimat.

Bocholt, den 7. April 1919.

m. Für die auswärts beschäftigten Arbeiter wird jetzt, um auch ihnen die Segnungen der hl. Mission zuzuwenden, abends 8 Uhr in der Josefikirche Missionspredigt gehalten. Die Beteiligung der Frauen in der verflochtenen Woche war sehr stark und die Männerwelt bekundete ebenfalls reges Interesse, sodaß eine ergiebige Aushung der Gnadenzeit auch von ihrer Seite zu erwarten steht.

o. Die Provinzial-Lebensversicherungsanstalt von Westfalen, die bekanntlich mit der Landesbank der Provinz Westfalen verbunden ist, hatte im März 1919 einen Zugang von 338 Versicherungsanträgen mit einer Versicherungssumme von fast 24 Millionen Mark. Der Bestand dieser Anstalt, die erst im Januar 1915 errichtet worden ist, beläuft sich Ende März bereits auf 23.248 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 37 Millionen Mark.

m. Das zweite große Konzert, das am Dienstag den 8. d. Mts., abends 8 Uhr im Schützenhause stattfand, verlor diesmal ganz besondere Gunst. Herr Engelhardt, der schon an vielen anderen Orten großen Erfolg mit Wildenbrunns Sagenwelt gehabt hat, ist auch für dieses Konzert vom Orchester beworben worden. Um noch eine schönere Klangfülle zu erzielen, ist das Orchester verstärkt und damit dem Wunsch des Publikums entsprochen worden. Auch den von vielen Seiten vorgebrachten Wünschen, Wagner-Musik in das Programm wieder mit aufzunehmen, hat das Orchester entsprochen. Die Leitung liegt auch diesmal in den Händen des Herrn Konzertmeisters Buchmann. Der Vorverkauf wird am Dienstag nachmittags 5 Uhr abgeschlossen.

p. Ein Schleichhändlerlager entdeckt. Bei einem am Samstag vormittag in der Dinnverloer Chaussee bei einem herkömmlichen Schleichhändler vorgenommenen Hausdurchsuchung wurden eine größere Menge Lebensmittel beschlagnahmt. Die Sachen waren zum Teil in der Wohnung des Betroffenen selbst, zum größten Teile aber in der Wohnung einer Nachbarin versteckt, um sie den Augen der Behörden zu entziehen. Folgende Sachen wurden beschlagnahmt: 31 Pfund Schokolade, 66 Pfund Toilette- und Kerseife, 58 Pfund Vanilje, 81 Pfund Margarine, 160 Pfund Speck, 20 Pfund Pfeffer, 14 Pfund Kaffee, 2 Pfund Zimt, 17 Pfund Tee, 4 Pfund Muskatnüsse, 3 Pfund Stärke. Der Gesamtwert der Waren ist nach dem heutigen Werte wohl auf mindestens 15.000 Mark zu schätzen. Bemerkenswert ist noch, daß am Tage zuvor noch eine Menge Lebensmittel wie Butter, Schokolade und Seife beschlagnahmt wurde. Zur Wegschaffung der erheblichen Mengen mußten drei Handwagen herbeigeschafft werden. Bei der Anfuhr der Waren fand sich ein großer Teil neugieriger Zuschauer ein, da der Transport der Waren ein ziemliches Aufsehen erregte. Die Behörde wird sich bemühen, die Waren für die Stadt Bocholt zu erwerben.

v. Verhaftung. Von einer Patrouille der Sicherheitswehr wurden 24 Pfund Speck beschlagnahmt. Der Speck wurde dem Lebensmittelamt übergeben.

p. Nächstliche Schieberei an der holländischen Grenze. In der vergangenen Nacht fand in der Nähe der holländischen Grenze eine Schieberei unter Schmugglern und Diebstahlenden statt. Letztere gaben sich den Schmugglern gegenüber für Zollbeamte aus, um ihnen die geschmuggelten Waren abzunehmen. Hierbei kam es zu einer gegenseitigen Schieberei, bei der es Verwundungen abgeleht haben soll. Die Sicherheit an der Grenze läßt überhaupt in der letzten Zeit sehr zu wünschen übrig. Sodas es höchste Zeit wäre, doch einmal energisch durchzugreifen würde. Im übrigen soll auch Militär eingegriffen haben. Etwas Politisches ist bisher nicht bekannt geworden.

p. Fundstücke. Vor einigen Tagen wurde in einer Toilette im Schützenhause eine Damenhandtasche gefunden. Der Inhalt besteht aus einem Taschentuch, einem Geldbeutel, verschiedenen Geldscheinen und einem Bleistift. Die Verliererin kann ihr Eigentum bei dem Herrn Amtsgerichtsekretär Müller hier, Nordallee Nr. 32, 1. Etage, in Empfang nehmen.

WB. Die Hilfskasse für gewerbliche Unternehmungen. Verschiedene Anfragen geben dem Reichsministerium für wirtschaftliche Demobilisierung Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Hilfskasse für gewerbliche Unternehmungen nicht etwa den mit Sonderaufträgen beauftragten gewerblichen Industriebetrieben dient, sondern der gesamten Industrie. Auch das Handwerk stützt die Hilfskasse für gewerbliche Unternehmungen und zwar gruppenweise, während für die einzelnen Handwerker Kriegshilfskassen bereits bestehen.

m. Ein Brand. Samstag abend 8 Uhr. Gummlager-Fabrik greifen der Feuerwerk. Der Brand wird.

r. Stenographie. heutig enklumme graphen-Verein am Montag abend genhott. Anmeldeun tag abend entgegen die sich bereits ange gefekten Zeit einfr name Ueberficht über wird.

m. Die Kreisfeste. verordnetenfestung b planen sind die von Kreisfeste wieder in früheren Jahren haushalts in der S derholt erwähnt von die Stadt eine rech dende Gegenleistung diesem Jahre nehme gaben der Stadt m Der wiederholten A lassen in gerechtere noch keine Folge Bocholt fast drei J hen des Kreises be als das Bocholt zu Ofen des Kreises e nur ein geringes J lien beizutragen fa bestell. Soweit imm Herr Bürgermeister führte. Bei der Ver eine Kreisfeste un vorzunehmen, da n die Verteilung der Einkünfte des K Kreile. liegt Nach Bewertung des Bo den letzten Jahren ten gemeinen Wer höher ist, als der Grunde gefest wor legung der Kreisf die Stadt Bocholt Weise einer halbi das größte Anteei rigkeit zum Kreile eine durch Anteil

Lebensmittel.

für die 15. Woche. 60 Gramm Speck. 125 Gramm Konserve auf Feld halten von 2— Erbsen, Hauskultur eine Blühe Erbsen halten über 8 Erbsen und eine lomen erhalten 100 kostfreie Suppen, würl, Nahrung u des Brotbudes.

Verkaufsstellen: den folgenden Tagen den folgenden Tag mittelfach Nr. 1— telbuch 2001—4000 bis 6000 am Sam Lebensmittelfarte. der ganzen Woche. Verkaufsstellen: verordneten-Schlung Nahrung Gebr. S. Gorb. Blumberg. den. Steiner Sch ding, Matzke, J. Besenader, Sonjel Klinkenberg.

Gegen Kranken in den Verkaufsstelle Beste Markt ge Boche ist Montag der Lebensmittel feldes 34 zu habe Bocholt, den

Befanntma.

Für die mind lich für die heimg nen der Krieger, d lichen Armenmitte Holzschuhe zum Be Die Ausgabe folgt am Dienstag vormittags und v Baswert. Bocholt, den

Betu.

Die in den SS 10. Mai 1918 bett Friedhöfe festgelegt dem Statutverordn vom 1. April 191 hßt. Bocholt, den

Heute nacht verschied sanft unsere liebe, gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwester und Tante

Frau Moses Blumenfeld

Lieselte geb. Fränkel
in Essen, Alfredstraße 57,
im 91. Lebensjahre.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Gustav Gompertz und Frau
Emmy geb. Blumenfeld.

Bocholt, 5. April 1919.



Dem Herrn über Leben und Tod hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, gestern abend 10 Uhr unsern guten, sorgsam Vater, Schwiegervater, Großvater, Onkel und Großonkel,

den Landwirt

Bernhard Rülking sen.

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Er starb infolge Altersschwäche, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im Alter von 82 Jahren.

Die Seele des lieben Verstorbenen empfehlen wir dem Gebete der Gläubigen, insbesondere dem Priester am Altare.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Grommert, Rhede, Bocholt, Münster, Bockum, den 5. April 1919.

Die Beerdigung ist am Montag morgen 9 Uhr, darauf das feierliche Seelenamt in der Pfarrkirche zu Rhede, wozu freil. eingeladen wird.

Das Jahres-Seelenamt

für den auf dem Felde der Ehre gefallenen

Schützen Anton Tenbrink

findet statt am Dienstag, dem 8. ds. Mts. morgens 8 Uhr in der Liebfrauenkirche, wozu freudlichst eingeladen wird.

Das Jahres-Seelenamt

für den gefallenen

Scharfschützen Johann Heisterkamp

findet statt am Dienstag, 8. April, morgens 8 1/2 Uhr in der St. Georgskirche, wozu freudlichst eingeladen wird.

Bekanntmachung.

Der am 18. März 1919 für die Witwe Hermine Widders aus Bocholt unter Nr. 114 ausgestellte Reisepass wird hiermit für ungültig erklärt.
Bocholt, den 2. April 1919.

Der Landrat.

Bekanntmachung.

Die vielfachen auf den unbewachten Wegübergängen der Nebenbahnen vorkommenden Zusammenstöße von Eisenbahnzügen mit Fahrzeugen haben meistens ihre Ursache in der Unachtsamkeit der Gefährdeten. Die größere Anzahl entfällt auf die Zeit der Feldbestellung und der Ernte.
Ich mache daher zur Verhütung solcher Unfälle auf die Gefahren beim unachtsamen Passieren von unbewachten Eisenbahnübergängen aufmerksam.
Bocholt, den 2. April 1919.

Der Landrat.

Schützenhaus.

Dienstag, den 8. April
8 Uhr abends:

II. Grosses Konzert

von Mitgliedern der Kapelle des Inf.-Regts. 16
unter Mitwirkung des
Rezitators Herrn Engelhardt-Wesel.

Musikfolge.

C. M. v. Weber: Ouvertüre zur Oper

„Oberon“

Schillings: „Wildenbruchs Hexenlied.“
(Deklamation mit Orchester, Herr

Engelhardt.)

Bizet: „L'Arlésienne“, Suite No. 1.

R. Wagner: „Gr. Fantasie a. d. Oper

„Tannhäuser.“

R. Wagner: „Träume“ (Aus den fünf

Gedichten).

R. Wagner: Vorspiel zu „Die Meister-

singer von Nürnberg.“

Änderungen im Programm

vorbehalten.

Preise der Plätze inkl. Billetsteuer:

Im Vorverkauf: I. Platz 3,00, II. Platz

2,25, III. Platz 1,45, Galerie

1,00 Mk.

An der Abendkasse: I. Platz 3,30,

II. Platz 2,50, III. Platz 1,65,

Galerie 1,10 Mk.

Vorverkauf in den Buchhandlungen

von Temming (linke Seite), Neyer-

haus (rechte Seite) ab Sonnabend.

Rauchen höchst verboten.

1894 1919



Unsern lieben Eltern,
den Eheleuten

Hermann Bente und Frau
Bernhardine geb. Meiering

zu ihrer heutigen

Silbernen Hochzeit

die herzlichsten Glück- und Segenswünsche!

Welch ein Jubel herrscht zur Stunde,
Welche Freude rings umher!

Und auch wir in froher Runde
Stimmen ein zu eurer Ehr.

Wilt es doch den Tag zu preisen,
Der dem frohen Feste lang

Und der langgestreckten Welse
Durch die Nacht zum Licht sich rang.

Jenen Tag, der euch verbunden
Deut vor fünfundsiebzig Jahr,

Der trotz vieler Feststunden
Jammert noch der schönste war.

Wäge Glück euch stets erblühen
Auf der fern'en Lebensbahn,

Alle Webel mögen fliehen
Weilenswelt von eurer Bahn.

Bocholt, 7. April 1919.

Gewidmet von

den dankbaren Kindern.

Westfälische Güterbank

Rademacher & Co.,
Kommandit-Gesellschaft,

BORKEN i. Westf.

An- und Verkauf von Haus- und Grundbesitz

jeglicher Art wie:

Wohn-, Geschäfts-, Landhäuser, Villen, Güter, Kotten,

Fabriken und sonstige industrielle Werke.

Hypothesen-Vermittlung,

Bauberatung, Bauleitung, Bauausführungen,

Gutachten, Taxationen.

Bocholt, Königstraße 78.

Eigener Althandlung

Bocholt, Königstraße 78.

Kaufe und verkaufe

wenig gebrauchte Sachen aller Art,

sowie Möbel u. kompl. Einrichtungen,

Herde und Defen. Getragene Herren-

und Damenjacken von Herrschaften

werden angekauft.

Zahle höchste Preise.

Geschäfts-Eröffnung.

Habe den Betrieb meiner

Bauklemptneri und Installation

wieder aufgenommen und halte mich bei vorkommen-

den Arbeiten bestens empfohlen.

Unterhalte auch stets großes Lager in

allen in diesem Fach nötigen Materialien.

Cl. Niemann,

Dachdeckermeister Bauklemptneri Installation.

Telephon 209. Nordwall 10.

Schneidermeister,

die vorwärts kommen wollen, lesen die allwöchentlich erscheinende reich illustrierte Fachzeitschrift „Der Schneidermeister“ Hannover mit regelmäßig kostenlosen Probebildern. Probehefte kostenlos, jed. nur an Nachf.

Mein Bureau

befindet sich seit dem 1. April ds. Js.

Essen, Bahnhofstr. 87

Fernsprecher 8816.

Rechtsanwalt Warmbrunn

St. Elisabeth-Verein.

Der Elisabeth- und Suppen-Verein bittet herzlich um reiche Gaben zur Kleidung und Spellung seiner Armen.

Es wird in den nächsten Wochen eine Liste rundgehen und bitten wir die Einwohner Bocholts möglichst hohe Beiträge zu zeichnen.

Außerdem werden milde Gaben entgegengenommen

bei

Fräulein Bräuning, Rebenstr. 20, und

Fräulein Dr. van Laaf, Rixstr. 15.

Stenographie!

Der Stenographen-Verein „Gabelsberger“ eröffnet heute Montag, abends 9 Uhr im Vereinslokal Vangerhoff (Hinterer Saal) einen

Anfangskursus

in der Stenographie. Das Honorar einschl. der Lehr-

mittel beträgt M. 10.

Damen und Herren, die gewonnen sind, an dem

Kursus teilzunehmen, werden gebeten, sich in die in den

Buchhandlungen der „Gengwarte“ und von J. u. V.

Temming auflegenden Listen einzutragen. Auch kann

die Anmeldung am Vereinsabend erfolgen.

Der Vorstand des Stenographen-Vereins

„Gabelsberger“.

Bocholt, 7. April 1919.

Gewidmet von

den dankbaren Kindern.

Bocholt, 7. April 1919.

Gewidmet von

den dankbaren Kindern.

Bocholt, 7. April 1919.

Gewidmet von

den dankbaren Kindern.

Bocholt, 7. April 1919.

Gewidmet von

den dankbaren Kindern.

Bocholt, 7. April 1919.

Gewidmet von

den dankbaren Kindern.

Bocholt, 7. April 1919.

Gewidmet von

den dankbaren Kindern.

Bocholt, 7. April 1919.

Gewidmet von

den dankbaren Kindern.

Bocholt, 7. April 1919.

Die Jahresseelenmesse für den auf dem Felde der Ehre gefallenen

Schützen

Anton Sondern

findet statt am Mitt-

woch, dem 9. April,

morgens 1/2 7 Uhr in

St. Maria, wozu freil.

eingeladen wird.

Städt. Arbeitsnachweis

Gothausplatz, Zimmer 3.

Fernruf 24.

Es werden gesucht:

200 Arbeiter für aus-

wärts,

5 Schreinergehilfen,

8 Schuhmachergehilfen,

2 Anmacher für Zylinder-

maschinen,

4 Arbeiter für Beschäftigt,

Eine größere Anzahl

Hilfsarbeiter für auswärts,

3 Auswandererlehrlinge,

4 Dienstmädchen f. Hand-

wirtschaft,

Es suchen Stellung:

8 Schmiede,

7 Schlosser,

8 Bäcker,

8 Klempner,

5 fähige Landw. Arbeiter,

1 Buchdrucker,

20 Kaufleute,

8 Schneiderlehrlinge,

8 Schlosserlehrlinge,

1 Schneiderlehrling,

2 Wägen oder als Vorleser,

Wohlführende Dienstmädchen

für ganze oder halbe Tage.

Meldungen und Auskunft

von 9 bis 12 Uhr vormitt.

und 8 bis 5 Uhr nachmitt.

in Geschäftsstunde, Gast-

hausplatz, Zimmer Nr. 3

Bermittlung kostenlos.

Bocholt, 7. April 1919.

Gewidmet von

den dankbaren Kindern.

Bocholt, 7. April 1919.

Gewidmet von

den dankbaren Kindern.

Bocholt, 7. April 1919.

Gewidmet von

den dankbaren Kindern.

Bocholt, 7. April 1919.

Gewidmet von

den dankbaren Kindern.

Bocholt, 7. April 1919.

Gewidmet von

den dankbaren Kindern.

Bocholt, 7. April 1919.

Gewidmet von

den dankbaren Kindern.

Bocholt, 7. April 1919.

Gewidmet von

den dankbaren Kindern.

Bocholt, 7. April 1919.

Gewidmet von



Begabungspreis:
Boll abgeholt
Haus gebracht
Feiertags, Gefä
Hebe. 3. G.

Ämtlich

48. Jahr

Streit u

Der G

Urfa

Unser Heima

genwärtig eine

im Bergbau be

Kohle nicht alle

lichen Organism

erblich zur Wirk

Lebensmitteln u

unabsehbaren G

rung. Unser W

einem Niederga

zudenken ist. W

nis scheinen dur

dem Abgrunde

unferer Hoffnung

wenn nicht im

Oberwasser erfa

die Sünden ver

industrielle Herr

die gesunde W

schafft gekemmt

kämpferische Ezi

tie getreulich teil

Kräfte sind durc

heutige Herrschu

notwendige Kopf

men der Revolut

U- eingehenber

sch die Erben d

ein. Die Spart

Hand in Hand

gigen, um aus

Wänge zu schla

zu verlieren, tr

eine klägliche S

strebungen Vor

und wirtschaftl

unter den Füh

um die Ertragn

diesem Schlagw

die wirksamen

schaften der Rev

Die Freileite

Standarbeit Ne

find aber nicht

von rechts bedro

Witten eines un

hemus von links

engeres Industrie

Der Kapitalismus

ein energisches

Weiteres Un

Essen, 6. April

teilt mit: Bis je

des rheinisch-ve